

BÜRGERBETEILIGUNG

HERAUSFORDERUNGEN

ERWARTUNGEN

STATUS QUO

POTENZIALE

Universität Stuttgart
PD Dr. Angelika Vetter

Hannover, 28.9.2013

HERAUSFORDERUNG: GLOBALISIERUNG

- Wettbewerb um Kapitalinvestitionen
- Einschränkung politischer Handlungsmöglichkeiten
- Verlagerung von Entscheidungskompetenzen an supranationale Institutionen



HERAUSFORDERUNG: WERTEWANDEL

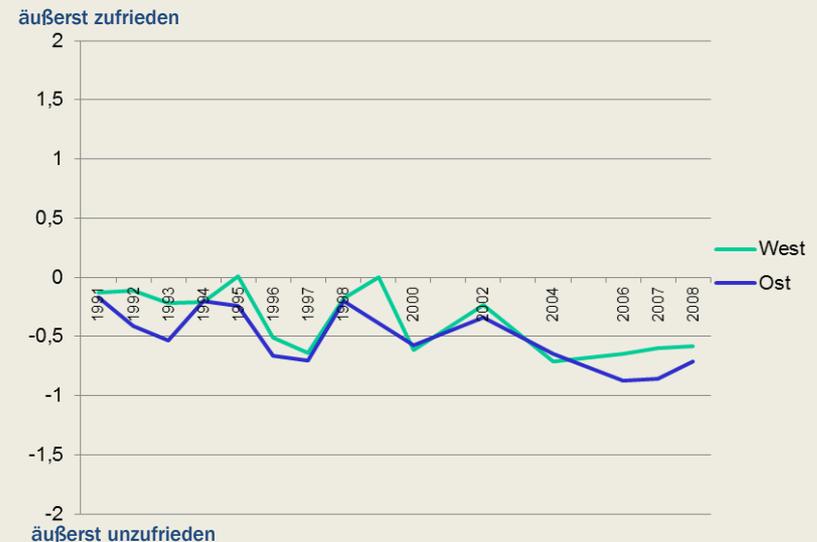
- Abnahme von Pflicht- und Akzeptanzwerten
- Zunahme von Selbstverwirklichungs- und Freiheitswerten
- Höhere Protestbereitschaft



HERAUSFORDERUNG: WERTEWANDEL

- Zunehmende Skepsis gegenüber Regierenden und deren Handlungsfähigkeit
- Unzufriedenheit mit der politischen Leistungsfähigkeit

VERTRAUEN ZU DEN POLITISCHEN
PARTEIEN, 1991-2008



Fragetext: „Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Bitte sagen Sie mir anhand dieser Liste bei jeder, ob Sie ihr vertrauen oder nicht. Wie ist das mit den Parteien?“ Antwortvorgaben: Skala rekodiert von -2 (vertraue überhaupt nicht) bis +2 (vertraue voll und ganz).

Quelle: Gabriel, Oscar W./Neller, Katja 2010: Bürger und Politik in Deutschland, in: Gabriel, Oscar W./Plasser, Fritz (Hrsg.): Deutschland, Österreich und die Schweiz im neuen Europa, Baden-Baden: Nomos, S. 99.

HERAUSFORDERUNG: VERÄNDERUNG DER KOMMUNIKATION

- Tendenz zu Informationsverkürzung, Negativismus, Übertreibung
- Glaubwürdigkeit von Informationen nimmt ab
- Geschwindigkeit der Informationsverbreitung steigt (Mobilisierung)



**FOLGERUNG:
MEHR BÜRGER-
BETEILIGUNG**

BERTELSMANN-STIFTUNG 2012

81 % der
Bundesbürger
sprechen sich für
mehr politische
Beteiligungs- und
Mitsprachemöglich-
keiten aus

60 % wollen sich
über Wahlen hinaus
an anderen Formen
der Mitwirkung
beteiligen

ERWARTUNGEN

- 1.** Beteiligungsbedarfe und Unzufriedenheit in bestimmten Gruppen befriedigen.
- 2.** Misstrauen zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung abbauen.
- 3.** Verständnis für plurale Gesellschaften entwickeln.
- 4.** Responsivität der Entscheidungsträger stärken.
- 5.** Effektivität und Effizienz von Entscheidungsprozessen durch mehr Wissen verbessern.
- 6.** Akzeptanz von politischen Entscheidungen erhöhen.

STATUS QUO

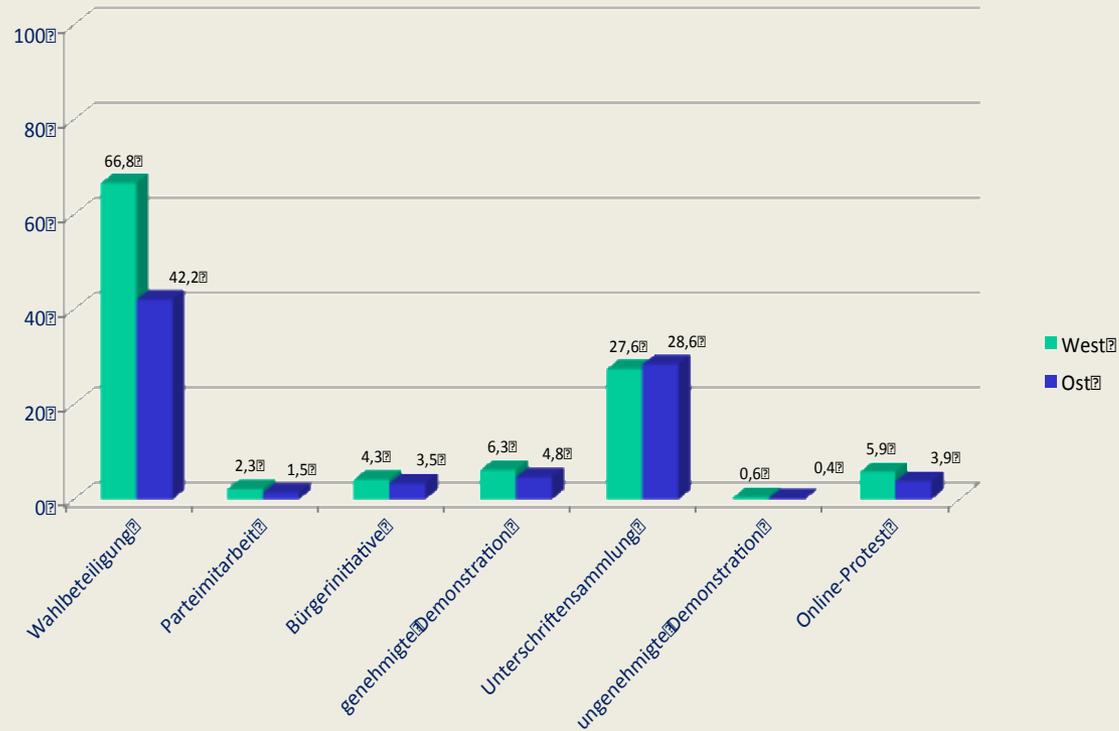
Verfahren
Nutzung
Argumente

DIE BREITE PALETTE DER BÜRGERBETEILIGUNG



TATSÄCHLICHE BETEILIGUNG

(IN DEN LETZTEN 2 JAHREN IN % ALLER BEFRAGTEN)

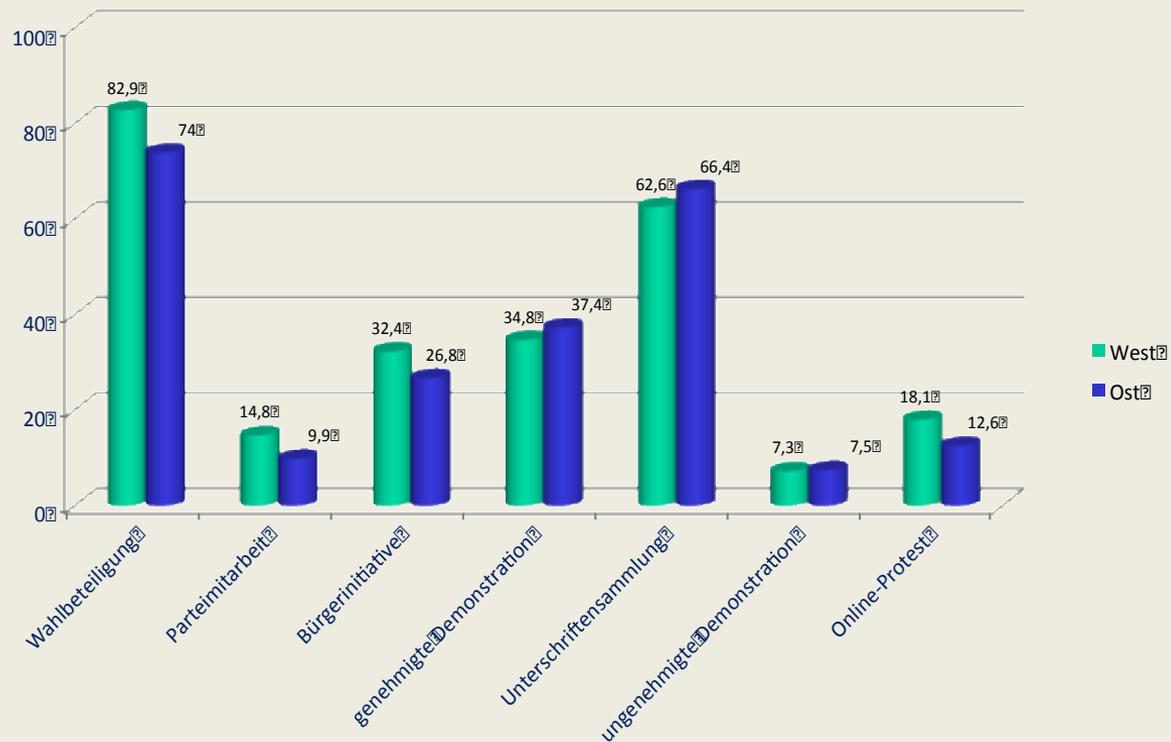


Quelle: "Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften" (ALLBUS 2008); eigene Berechnungen.

Frage: ...woran haben Sie sich in den letzten beiden Jahren, d.h. irgendwann im Zeitraum seit 2006 bis heute, beteiligt?

BETEILIGUNGSPOTENZIALE

(IN % ALLER BEFRAGTEN)



Quelle: "Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften" (ALLBUS 2008); eigene Berechnungen.

Frage: Wenn Sie in einer Sache, die Ihnen wichtig ist, Einfluss nehmen, Ihren Standpunkt zur Geltung bringen wollten: Welche der Möglichkeiten ... würden Sie nutzen, was käme für Sie in Frage?

DIREKTE DEMOKRATIE

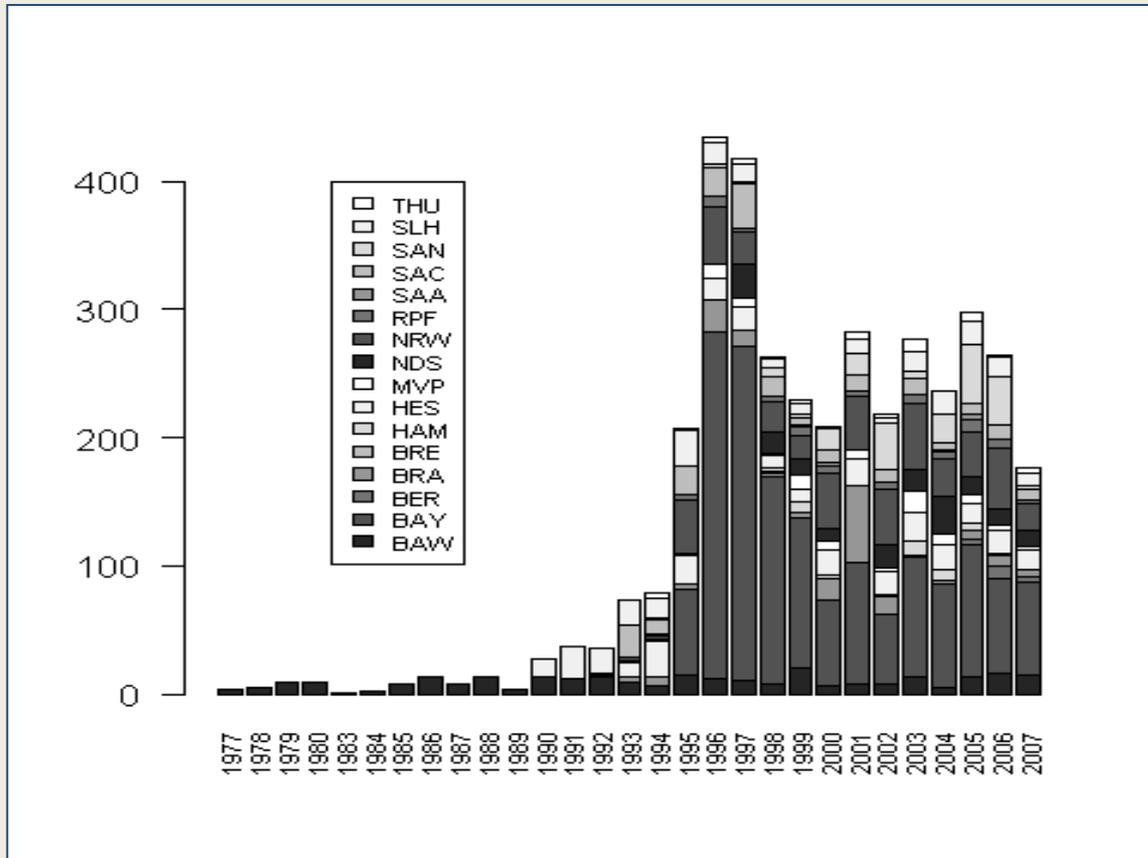
- Bürger- und Volksentscheide
- Responsivitätsdruck steigt:
“Damoklesschwert“-Funktion
- primär konfliktorientiert
- Überrepräsentation
ressourcenstarker Gruppen



INSTITUTIONELLE REFORMEN 1989-2010

<i>Land</i>	Direktwahl der Bürgermeister		Bürgerbegehren und - entscheide	
	1989	2010	1989	2010
Baden-Württ.	X	X	X	X
Bayern	X	X		X
Rheinland-Pfalz		X		X
Hessen		X		X
Saarland		X		X
Nordrhein-W.		X		X
Niedersachsen		X		X
Schleswig-Holst.		X		X
Brandenburg		X		X
Mecklenburg-V.		X		X
Sachsen		X		X
Sachsen-Anhalt		X		X
Thüringen		X		X

EINGELEITETE BÜRGERBEGEHREN 1949-2007



Quelle: Mittendorf, Volker 2008: Auswirkung von Quoren und Themenrestriktionen bei kommunalen Bürgerbegehren im Ländervergleich, in: Vetter, Angelika (Hg.): Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung. Wiesbaden: VS Verlag.

KOOPERATIVE DEMOKRATIE

- Freiwillige Zusammenarbeit verschiedener Akteure
- Keine Entscheidungskompetenz
- Prinzipiell konsensorientiert
- Zielvielfalt
- Verfahrensvielfalt



KOOPERATIVE DEMOKRATIE

Ziele der Bürgerbeteiligung	Mögliche Verfahren
Austausch von Informationen, Wissen, Sichtweisen und Interessen	Bürgerbefragung / -panel Runde Tische / Zukunftswerkstätten Planungszellen / Bürgerräte
Mitgestaltung und Entscheidungsvorbereitung	Planungszellen Zukunftswerkstätten Runde Tische
Konfliktbearbeitung / -lösung	Mediation Schlichtung Runde Tische

GRENZEN KOOPERATIVER BETEILIGUNGSFORMATE

- Keine Verlässlichkeit über Stattfinden, Prozessablauf, Verantwortlichkeiten und Umgang mit Ergebnissen
- Widerstände in Politik und Verwaltung
- Keine Lösung grundlegender Interessenkonflikte
- Es gibt nicht immer Entscheidungsspielräume
- „Holschuld“ der Bürger kann nicht eingefordert werden
- Kooperation privater Akteure kann nicht erzwungen werden

ZUSAMMENFASSUNG

- Breite Palette von Beteiligungsmöglichkeiten
- Bürgerbeteiligung ist mehr als Konfliktmanagement
- Erwartungen an Bürgerbeteiligung sind hoch
- Direkte Demokratie löst Konflikte nur beschränkt
- Kooperativer Beteiligung fehlt Verlässlichkeit
- Notwendigkeit der „Institutionalisierung“ kooperativer Beteiligung

POTENZIALE

Verbindlichkeit des Prozesses
und der Ergebnisse

Frühzeitigkeit

Bewusste Beteiligung
„schwacher“ Interessen

Ergebnisoffenheit



Prozessbegleitend

Transparenz - Gemeinsame
Prozessgestaltung

ERWARTUNGEN
AN NEUE
BETEILIGUNGS-
FORMATE

Leitlinien für
kooperative
Bürgerbeteiligung

BEISPIEL: LEITLINIEN FÜR VERLÄSSLICHE BÜRGERBETEILIGUNG IN HEIDELBERG

